

Ressort: Technik

Cyberangriffe: Europäische Behörden wollen Wahlbeeinflussung verhindern

Brüssel, 18.12.2016, 04:00 Uhr

GDN - Europäische Sicherheitsbehörden versuchen gemeinsam, eine mögliche Beeinflussung kommender Wahlen durch Cyberangriffe zu verhindern. "Wir optimieren kontinuierlich die Verteidigungsfähigkeit der Regierungsnetze, um gegen mögliche Cyber-Angriffe gewappnet zu sein", sagte der Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, der "Welt am Sonntag".

"Wir tauschen uns in diesem Kontext auch mit anderen europäischen Ländern aus, in denen demnächst Wahlen sind." Wichtige Abstimmungen stehen im kommenden Jahr im April in Frankreich und im September in Deutschland an. Der BSI-Chef geht davon aus, dass die "Bedrohung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft durch professionelle und vermutlich staatlich gelenkte Cyber-Angriffe hoch" sei. Sowohl der Angriff auf den Bundestag als auch auf die Parteien zeigten "die politische Dimension und Wirkrichtung der Angriffe". Die Attacken gäben "Anlass zur Sorge in Bezug auf eine gezielte Manipulation der öffentlichen Meinung durch Dritte, insbesondere im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf 2017". Nach Angaben von Schönbohm führen die Spuren der letzten großen Cyber-Angriffe nach Russland. Mit Blick auf die schwerwiegende Attacke gegen den Bundestag im Jahr 2015 sowie den wohl weniger erfolgreichen Angriff in diesem August auf verschiedene Parteien sagte Schönbohm: "Unsere technische Analyse der Angriffe auf den Bundestag und die Parteien stützt die Aussagen des Bundesamts für Verfassungsschutz in Bezug auf die Täterschaft der Gruppe APT28." Diese wiederum werde "vom Verfassungsschutz nach Russland verortet". Wie aus dem aktuellen BSI-Lagebericht hervorgeht, wurden in den Regierungsnetzen allein im ersten Halbjahr 2016 monatlich rund 44.000 infizierte E-Mails abgefangen, bevor sie im Postfach eines Empfängers landeten. Im Vergleich zum Vorjahr handelt es sich um eine Vervierfachung. Täglich gebe es rund 20 hochspezialisierte Angriffe auf das Regierungsnetz. Pro Woche registriert das BSI im Durchschnitt eine Attacke mit nachrichtendienstlichem Hintergrund.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-82577/cyberangriffe-europaeische-behoerden-wollen-wahlbeeinflussung-verhindern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619